Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/885
09. 09. 77

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. September 1977
am Donnerstag, dem 15. September 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	7, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	9, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	11, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	27 *)

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Auf Grund welcher Kriterien wurde von einem Vertreter der Bundesregierung öffentlich die Ansicht geäußert, daß die Lohnabschlüsse der Tarifrunde 1977 zu hoch ausgefallen seien, und welche Rolle könnte dabei die optimistische Wachstumsprognose im letzten Jahreswirtschaftsbericht gespielt haben?

2. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige berufliche Situation und die künftigen Entwicklungsaussichten des Berufsstands der Makler, teilt sie insbesondere die Befürchtungen der Immobilienmakler, die Wettbewerbsverzerrungen im Verhältnis der Immobilienmakler zu den Kreditinstituten, denen die bankenaufsichtliche Genehmigung zur Durchführung von Immobiliengeschäften erteilt worden sei, führten zu einem existenzbedrohenden Verdrängungswettbewerb in diesem Geschäftszweig zu Lasten des mittelständisch strukturierten Berufsstands der selbständigen Immobilienmakler, und welche Folgerungen ergeben sich für die Bundesregierung aus dieser Entwicklung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Treffen Presseberichte zu, wonach beim Bundesministerium für Forschung und Technologie die für 1977 vorgesehenen 733 Millionen DM für die Energieforschung nicht fristgerecht auftragswirksam vergeben werden können, und welches sind gegebenenfalls die Ursachen dafür?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt, wie in der „Welt" vom 28. August 1977 berichtet, eine Änderung der Bezeichnung „Vertriebene" für Aussiedler aus den deutschen Ostgebieten angekündigt hat, und wenn ja, bestreitet die Bundesregierung, daß es sich bei sog. Aussiedlern, die ihre angestammte und rechtmäßige Heimat wegen der Vorenthaltung der selbstverständlichsten Menschenrechte verlassen, um Opfer einer Vertreibung mit anderen Mitteln handelt, oder ist diese Änderung lediglich als eine Geste der Nachgiebigkeit gegenüber den kommunistischen Regierungen in Mittel- und Osteuropa zu verstehen?

5. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Hat sich nach Auffassung der Bundesregierung das Bundespersonalvertretungsgesetz vom 15. März 1974 nach den bisherigen Erfahrungen bewährt, bzw. ergibt sich die Notwendigkeit der Novellierung einzelner Bestimmungen, und ist die Bundesregierung bereit, dem zuständigen Fachausschuß einen entsprechenden Bericht zu geben?

6. Abgeordneter **Blumenfeld** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen aus Beirut (Libanon) eindeutig dementieren, wonach behauptet wird, daß palästinensische Guerillas in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bekommen sollen, wenn sie einen Mitgliedsausweis der palästinensischen Terrororganisationen vorweisen?

7. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten erwägt die Bundesregierung, um den Personenkreis der Beamten finanziell zu entlasten, die früher in einem Angestelltenverhältnis tätig waren und daher freiwillig, d. h. unter alleiniger Aufbringung des Krankenversicherungsbeitrags ohne Arbeitgeberzuschuß in einer Krankenkasse versichert sind?

8. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Wäre es möglich, bei weiterem Ansteigen des Krankenversicherungsbeitrags für diesen zahlenmäßig kleinen Teil der Beamten seitens des Dienstherren einen Beitragszuschuß bzw. den halben Krankenversicherungsbeitrag zu gewähren?

9. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche internationalen Konventionen, Abkommen und zweiseitigen Verträge zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bestehen, und welche von ihnen hat die Bundesrepublik Deutschland bisher nicht gezeichnet bzw. noch nicht ratifiziert?

10. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung in Anbetracht der Tatsache, daß zur Zeit für die dem Bundesgrenzschutz angehörigen Beamten unterschiedliche Maßstäbe bei der Gewährung von freier Heilfürsorge und Beihilfen angewandt werden, die freie Heilfürsorge auch für den Grenzschutzeinzeldienst einzuführen?

11. Abgeordneter **Kühlbacher** (SPD)

Besteht eine Konzeption für eine einheitliche Regelung für alle Beamten des Bundesgrenzschutzes, oder wie beabsichtigt die Bundesregierung, bei Versetzung von Beamten aus dem kasernierten Bereich in den Grenzschutzeinzeldienst eine Übergangsmöglichkeit und eine Beibehaltung der freien Heilfürsorge sicherzustellen?

12. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Aktivitäten der internationalen rechtsextremistisch-militanten Organisationen vor, der Josef Werner Trierner, Michel Antosch, Dieter Fritz Pollert und Reinhold Kucher angehören sollen, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls gegen die vier Männer nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet worden?

13. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung die schadlose Beseitigung des in Privathaushalten und Arztstationen anfallenden Arzneimittelmülls zu regeln?

14. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung in diesem Jahr unternommen, um zu verhindern, daß ab Oktober 1977 durch eine neue Abwasserdruckleitung ungeklärte Abwasser in das Emsästuar eingeleitet werden, die zu einer Gefährdung des Fremdenverkehrs auf der Insel Borkum und anderen Nordseeinseln führen können?

15. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß einer der größten Hersteller von Spraydosen in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund firmeneigener Forschung in etwa einem halben Jahr in der Lage sein wird, Aerosole nicht mehr zu verwenden, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung, wenn dies so ist, daraus für das mit 5 Millionen DM vorgesehene Förderungsprogramm zur Erforschung der Einwirkung von Aerosolen auf die Stratosphäre ziehen?

16. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung der Äußerung des nordrhein-westfälischen GdP-Vorsitzenden Schröder anläßlich der Entführung von Hanns Martin Schleyer, die Innenminister des Bundes und der Länder hätten sich zu lange in „von Parteiinteresse geleitetem Geschwafel" ergangen, statt handfeste Maßnahmen zu beschließen, entgegentreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

17. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Vorarbeiten der Bundesregierung zur Vorlage des vom Deutschen Bundestag am 10. Oktober 1974 (Drucksache 7/2629) in Auftrag gegebenen Wohnungsgesetzbuchs zur Vereinheitlichung des Rechts über die soziale Sicherung des Wohnens gediehen, welche Rechtsmaterien sollen im einzelnen in dem Wohnungsgesetzbuch zusammengefaßt und geregelt werden, und bis wann ist die Bundesregierung in der Lage, dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?

18. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Ehrengerichtsbarkeit für Rechtsanwälte namentlich im Hinblick auf ungeahndetes hartnäckiges Fehlverhalten von Strafverteidigern in den letzten Jahren verbesserungsbedürftig ist, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie daraus?

19. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine gesetzliche Neuordnung für erforderlich?

20. Abgeordneter **Dr. Jaeger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Bundesanwaltschaft am 16. Januar 1976 beim Bundesgerichtshof beantragte, in einem Verfahren gegen einen NVA-Stabsfeldwebel wegen versuchten Totschlags das zuständige Gericht nach § 13a Strafprozeßordnung zu bestimmen, obwohl, wie der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs am 2. Februar 1977 (Aktenzeichen 2 ARs 26/76) bestätigte, die

Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ bei Elbkilometer 540,5 am Ostufer der Elbe verläuft und somit das im Fluß schwimmende Mädchen sich zur Zeit der Schußabgabe durch den Stabsfeldwebel bereits auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland befand, so daß der Gerichtsstand des Tatorts (§ 7 Abs. 1 Strafprozeßordnung) gegeben war und damit die Voraussetzungen für eine Entscheidung nach § 13a Strafprozeßordnung fehlten?

21. Abgeordneter **Dr. Jaeger** (CDU/CSU)

Wurde dieser Antrag gegebenenfalls auf Weisung der Bundesregierung oder nach Fühlungnahme mit ihr gestellt, und welche Gründe hatte sie gegebenenfalls, den Antrag für notwendig oder auch nur für zweckmäßig zu halten?

22. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche konkreten Unterschiede in den Haftbedingungen einsitzender Terroristen gegenüber denen der anderen Häftlinge hat es bisher in deutschen Haftanstalten gegeben, und hält die Bundesregierung etwa bestehende Sondervergünstigungen überhaupt für tragbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welches ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen der Bundesregierung über die Revision der bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Ausland, um die für ausländische Investoren in der Bundesrepublik Deutschland nach der Körperschaftsteuerreform insbesondere auf Gesellschafterebene wesentlich erhöhte Steuerlast wieder dem international üblichen Maß anzupassen?

24. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Gibt es gegenwärtig Überlegungen der Bundesregierung zur Gleichstellung von deutschen natürlichen Personen, die im Ausland Direktinvestitionen tätigen, in dem Sinn, daß auch diese Personen die im Ausland von der ausländischen Kapitalgesellschaft entrichtete Körperschaftsteuer auf ihre persönliche Einkommensteuerschuld anrechnen können?

25. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß den Besitzern von Skiliften bisher keine der Gasölverbilligung für die Landwirtschaft oder den anderen entsprechenden Betriebsbeihilfen für Gasöl entsprechende Betriebsbeihilfe gewährt wird, und gedenkt die Bundesregierung, falls der o. a. Zustand zutrifft, die Besitzer von Skiliften mit den übrigen Begünstigten gleichzustellen?

26. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß der Bundesrechnungshof seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in allen Ländern bei den Finanzämtern Steuerfälle prüft, daß aber Beamte des bayerischen Finanzministeriums seit Oktober 1976 anläßlich der Prüfung von Steuerfällen den Vertretern des Bundesrechnungshofs Hausverbot für bayerische Finanzämter erteilt haben?

27. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Ist gegebenenfalls diese Verweigerung der Kontrolltätigkeit des Bundesrechnungshofs von der bayerischen Staatsregierung ausdrücklich bestätigt worden, und auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die von allen bisherigen Regierungen in Bund und Ländern geübte Praxis im Interesse der Allgemeinheit der Steuerzahler wiederherzustellen?

28. Abgeordneter **Porzner** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, daß der bayerische Staatsminister für Finanzen die Prüfung von Steuerfällen durch den Bundesrechnungshof verweigert?

29. Abgeordneter **Porzner** (SPD)

Trifft es zu, daß der Verweigerung Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung einzelner Steuerfälle vorausgingen?

30. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß durch die nur in großen Zeitabständen vorgenommenen steuerlichen Betriebsprüfungen bei Mittel- und Kleinbetrieben im Laufe der Jahre hohe Steuerrückstände entstehen, die in zahlreichen Fällen nicht mehr aufgebracht werden können und dann entweder erlassen werden müssen oder zum Konkurs des Betriebs führen, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, dem entgegenzuwirken?

31. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie hoch ist die Summe der 1976 eingetretenen Fälle dieser Art, wie hoch ist die Summe an erlassenen Steuerrückständen und wie groß die Zahl der durch Steuernachforderungen ausgelösten Konkurse?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

32. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Nachrichten, wonach die britischen Milcherzeuger anstreben, im Vereinigten Königreich bis 1981/82 den Selbstversorgungsgrad bei Molkereiprodukten um fast ein Drittel auf 78 Prozent zu erhöhen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, in Brüssel und London ökonomisch sinnvollere Vorschläge zur Entlastung der britischen Devisenbilanz zu machen?

33. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

Sind der Bundesregierung Berichte oder Dokumentationen über erhebliche Gesundheitsgefahren, die von der Anwendung des Pflanzengifts Tormona ausgehen, bekannt, und welche Schlüsse zieht sie daraus?

34. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, die Anwendung dieses Mittels solange zu unterbinden, bis die Unschädlichkeit durch wissenschaftliche Untersuchung einwandfrei erwiesen ist?

35. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit Inkrafttreten des neuen Futtermittelrechts bei den Landwirten große Unzufriedenheit über die neuen Deklarationsvorschriften, über Inhalt, Nährstoffgehalt und Gemengeanteile der einzelnen Futtermittel besteht, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dieser Unzulänglichkeit abzuhelfen?

36. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die diesjährigen Ausfälle bei der Obsternte in der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Ländern der EG ein?

37. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Versorgung der Bevölkerung mit frischem Obst zu angemessenen Preisen, eventuell durch Einfuhren aus Drittländern, sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

38. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, die rentenversicherungsrechtliche Benachteiligung der vor dem 1. Mai 1961 Wehrdienst Leistenden zu korrigieren, denen nach geltendem Recht (§ 1385 Abs. 3 RVO i. d. F. des Gesetzes vom 23. Februar 1957) für ihre Soldatenzeit nur Beiträge in Höhe ihrer tatsächlichen Geld- und Sachbezüge, die sie als Wehrpflichtige erhielten, rentenwirksam angerechnet werden, womit sie gegenüber den nicht zum Wehrdienst einberufenen Gleichaltrigen und den nach dem 1. Mai 1961 Wehrdienstleistenden schlechtergestellt sind!

39. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Vermittlung von Arbeitslosen die Vermittlung nur dann einwandfrei erfolgt, wenn das Arbeitsamt dem Arbeitslosen für die zu vermittelnde Arbeit die genaue Uhrzeit und Dauer der Arbeitspausen angibt, und hält die Bundesregierung dies gegebenenfalls für erforderlich?

40. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Landkreise, die in den letzten Jahren eine kommunale Neugliederung erfahren haben, zu verschiedenen Arbeitsamtsbezirken gehören und daß dadurch eine Zusammenarbeit der dort liegenden Arbeitsamtsnebenstellen kaum gegeben ist, so daß die Vermittlung von Arbeitslosen von einem Arbeitsamtsbezirk in den anderen Nachbarbezirk nicht erfolgen kann, obwohl beide Bezirke einen Landkreis betreuen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

41. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung Vorschläge für eine Härteregelung für frühere Ehefrauen von Versicherten, deren Ehen vor dem 30. Juni 1977 geschieden wurden, vorlegen, in denen die hinterbliebene geschiedene Witwe alle Voraussetzungen des § 1265 RVO (Beamtenversorgung entsprechend) erfüllt, der verstorbene Ehemann nicht wieder geheiratet hat, die abgeleiteten Leistungen jedoch wegen Unterhaltsverzicht – trotz „schuldloser“ Scheidung – entfallen und keine Besitzstände „echter Witwen“ tangiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

42. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Treffen Presseberichte zu, nach denen die beschlossenen, aber noch nicht abgewickelten Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr nicht mit dem im Verteidigungsausschuß vorgetragenen Mittelansatz

finanziert werden können und daß entweder eine erhebliche Ausgabensteigerung oder aber eine Beschaffungsmengenreduzierung unumgänglich ist?

43. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Teilt gegebenenfalls die Bundesregierung die Auffassung, daß deshalb mehr als bisher auf eine kostensparende Kooperation und Standardisierung im Rüstungsbereich hingearbeitet werden muß, und stimmt sie der These zu, daß die geschilderte Rüstungskostenentwicklung zur Schwerpunktbildung unter gleichzeitigem Verzicht auf einige Beschaffungsvorhaben zwingt?

44. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es zu, daß sich der MAD polizeiliche Befugnisse angemaßt und sich auch im übrigen so verhalten hat, wie in der Zeitschrift Stern, Nr. 37 vom 1. September 1977, geschildert, und wenn ja, was wird die Bundesregierung tun, um die geschilderten Vorgehensweisen des MAD in Zukunft zu unterbinden?

45. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es zu, daß ein ehemaliger Direktor des Bundeskriminalamts (vgl. Stern, Nr. 37 vom 1. September 1977) als MAD-Agent die Staatsanwaltschaft durch wahrheitswidrige Angaben bei der Aufklärung von möglichen Rechtsbrüchen behindert hat?

46. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hat der Bundesverteidigungsminister inzwischen eine Kommission aus Sachverständigen mit der Untersuchung der Realisierbarkeit der Euro-Wehrpflicht beauftragt?

47. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wenn ja, welche Schritte sind zu diesem Problem im Rahmen der NATO erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

48. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, Reisenden in die Türkei und nach Syrien zu empfehlen, sich einer Choleraschutzimpfung zu unterziehen?

49. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Welche Aktivitäten sind zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR auf der Grundlage des Gesundheitsabkommens zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs entwickelt worden?

50. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf dem Hintergrund besonderer Probleme mit der Drogenszene in Berlin auf diesem Feld gegebenenfalls erneut tätig zu werden?

51. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Kommunen bei der Entflechtung von sogenannten Asozialengettos zu helfen, um der Gefährdung insbesonders der dort wohnenden heranwachsenden jungen Generation entgegenzuwirken?

52. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Liegen der Bundesregierung über das Sozialverhalten gerade dieser jungen Menschen Untersuchungen vor, insbesonders im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, in Verhandlungen mit den Bundesländern zu erreichen, daß in einem gemeinsamen Sonderprogramm von Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen gezielt für diese Personengruppe Sozialarbeiter bereitgestellt und Resozialisierungsmaßnahmen ergriffen werden?

53. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist die Meldung einer Sonntagszeitung zutreffend, wonach das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit amtliche Broschüren aufgelegt hat, in denen die Bezeichnung „BRD" für die Bundesrepublik Deutschland verwendet wird, das Bundesministerium diese Broschüren dennoch nicht aus dem Verkehr ziehen will?

54. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Bezeichnung „BRD" für die Bundesrepublik Deutschland unzulässig ist und auch nicht in den amtlichen Sprachgebrauch aufgenommen werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

55. Abgeordneter **Wiefel** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung ändern und einen obligatorischen Alterssehtest einführen?

56. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Straßenbauverwaltungen bei Auftragsvergaben im Straßenbau von der Los-Vergabe abgehen und stattdessen zu einer Vergabe an Generalunternehmer übergehen will?

57. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Wenn ja, welche ordnungs- und wettbewerbspolitischen Auswirkungen hat dies nach Ansicht der Bundesregierung insbesondere auf die mittelständischen Unternehmen in diesem Bereich, und sieht sich die Bundesregierung angesichts dieser Auswirkungen nicht veranlaßt, sich für die Beibehaltung der Los-Vergabe auszusprechen?

58. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen einzuleiten, damit schwerbehinderte Rollstuhlfahrer bei Bundesbahnfahrten nicht im Gepäckwagen untergebracht werden müssen?

59. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß Begleitpersonen von Schwerbehinderten (Rollstuhlfahrern) bei Bundesbahnfahrten Fahrkosten entrichten müssen?

60. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Zeitschrift „Schöne Welt" (Juni-Heft 1977, 20. Jahrgang), die von der Deutschen Bundesbahn herausgegeben und in nahezu allen Zügen ausgelegt wird, eine vier Seiten lange Werbung über die Südafrikanische Republik eingeheftet war, und besteht

nach Ansicht der Bundesregierung Anlaß zu der Befürchtung, daß eine solche öffentliche Werbung negative Folgen auf ihre Bemühungen einer ausgleichenden Politik in Afrika haben könnte?

61. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Berichte zu, wonach die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, eigenes Fachpersonal an private Firmen „auszuleihen", und stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß dies zum einen dem Ansehen der Deutschen Bundesbahn schaden könnte, zum anderen sogenannte private Verleihfirmen nur noch schwer zu verbieten sein dürften, wenn öffentliche Hände zu solchen Verfahren greifen?

62. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Verlegung der „Zugleitung" von Bad Hersfeld und Kassel in den Ballungsraum Frankfurt und den damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen im Hinblick auf die negativen strukturpolitischen Folgen für vertretbar?

63. Abgeordneter **Schmidhuber** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die Sowjetunion die Rechtsauffassung vertritt, daß der Rhein-Main-Donau-Kanal nach seiner Fertigstellung eine internationale Wasserstraße sei, deren Benutzung unentgeltlich sein müsse, und wenn ja, wie verhält sich die Bundesregierung demgegenüber?

64. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Kann für den Rhein-Main-Donau-Kanal die internationale Schiffahrtsfreiheit so weit eingeschränkt werden, daß die Gefahr eines Ruins der westeuropäischen Binnenschiffahrt durch Dumpingfrachtpreise der Ostblockländer, zumal der Sowjetunion, gebannt wird, und wenn ja, wird die Bundesregierung entsprechende Schritte unternehmen?

65. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird das deutsche Kanalnetz heute bereits durch Ostblockländer befahren, und ist es zutreffend, daß die Sowjetunion unter Beteiligung von deutschem und belgischem Kapital bereits eigene Reedereien in der Bundesrepublik Deutschland gegründet hat, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

66. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Hat der Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen — wie in der Zeitung „Die Zeit" vom 2. September 1977 berichtet — behauptet, unter den Anfragen der Mitglieder des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung befänden sich allzu häufig lächerliche Fragen, und wenn ja, wie kommt der Bundesminister zu dieser Behauptung?

67. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Hat der Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen weiter erklärt, im Durchschnitt koste die Beantwortung einer mündlichen Anfrage, deren Inhalt auch in einem schlichten Ortsgespräch zu klären wäre, rund 400 DM, und wenn ja, wie wurde der genannte Betrag errechnet?

68. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Sind Pressemeldungen zutreffend, wonach allein im Bereich der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn über 15 000 Pflichtplätze für Schwerbehinderte am Stichtag 1. Oktober 1976 nicht besetzt waren, und falls ja, kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, welche Oberpostdirektionen bzw. Bundesbahndirektionen die Pflichtquote unterschritten haben?

69. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Unterlagen über die Höhe der tatsächlich von der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn gezahlten Ausgleichsabgaben vor, und wie hoch waren diese in den jeweiligen Haushalten ausgewiesen?

70. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost von jedem Bürger, der sich eine Alarmanlage installieren läßt, 400 DM einmalige Aufstellungsgebühr, 5,50 DM im Monat Funkbenutzungsgebühr und 40 DM Gebühr pro Monat und Kilometer für die Aufschaltung der Alarmanlage zur nächsten Polizeistation bzw. Wach- und Schließgesellschaft an die Deutsche Bundespost entrichten muß, hält die Bundesregierung diese Beträge angesichts der steigenden Eigentumsdelikte und der sich immer mehr ausbreitenden Gewaltkriminalität nicht für überhöht, und warum ist es angesichts dieser beträchtlichen Beträge nicht möglich, daß im Interesse der Sicherheit der betroffenen Bürger im Fall von Störungen der Apparate diese vorrangig, d. h. auch außerhalb der Dienstzeiten, entstört werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

71. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Trifft die Information des Städtebauinstituts vom 30. August 1977 zu, daß die wirtschaftlich leistungsschwächeren, aber eigentumswilligen Schichten der Bevölkerung auf dem ersten Förderungsweg immer weniger mit direkten öffentlichen Hilfen bedacht werden, insbesondere, daß die im Wohnungseigentum geförderten Wohnungen im vergangenen Jahr nur noch zu 26 % auf dem ersten Förderungsweg öffentlich gefördert waren, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Trend wohnungs- und vermögenspolitisch?

72. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen hat die von der Bundesregierung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 7. Juli 1975 angekündigte Überprüfung der Zweckmäßigkeit und Realisierbarkeit von Eckwerten zur Einführung eines einkommensabhängigen Wohnungsbauzuschusses für die künftigen Förderungsprogramme geführt?

73. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler auf dem diesjährigen Deutschen Mietertag in Hamburg die Auffassung vertreten, daß die freie Mietpreisbildung am Ende wäre und die Miete den Charakter eines prozentualen Zuschlags zur Lohn- oder Einkommensteuer erhielte, wenn bei Sozialwohnungen unabhängig von den Kosten des jeweiligen Gebäudes bestimmte Prozentsätze des Einkommens für die Miete berechnet würden, und Vorschläge dieser Art in Zukunft nicht mehr debattiert werden sollten, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung?

74. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung gegebenenfalls im Hinblick auf die Äußerungen des Bundeskanzlers auf dem Deutschen Mietertag ihre in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 7. Juli 1975 vertretene Auffassung aufrecht, wonach die Prinzipien der einkommensabhängigen Wohnwertmiete den wohnungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung nicht widersprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

75. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in die bevorstehenden Verhandlungen mit der DDR die bisher nicht verwirklichten Abschnitte des sogenannten III. Korbs der KSZE-Schlußakte von Helsinki – wie z. B. umfassenderes Reisen aus persönlichen oder beruflichen Gründen – und die noch vom Grundvertrag her anstehenden und für die betroffenen Bürger immer dringlicher werdenden Fragen des nicht kommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einbeziehen?

76. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung unter deutschland-politischen Gesichtspunkten Betriebsausflüge von Angehörigen der Privatwirtschaft im allgemeinen und von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im besonderen in die DDR?

77. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Möglichkeit, daß eventuell Begleitpersonen aus der DDR Kontakte zu den Reisenden knüpfen könnten, für so gravierend, daß Betriebsausflüge in Form eintägiger Schiffsreisen von Travemünde nach Rostock aus Gründen der Sicherheit besser nicht unternommen werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

78. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wie groß ist die Zahl der in den letzten fünf Jahren und der bis zum Ende der Legislaturperiode von der Bundesregierung geförderten überbetrieblichen Lehrwerkstätten in ländlichen Gebieten des Landes Rheinland-Pfalz?

79. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit liegen der Bundesregierung Erfahrungen über den Nutzen der in Betrieb befindlichen, von der Bundesregierung geförderten, überbetrieblichen Lehrwerkstätten im ländlichen Raum vor, insbesondere bei solchen, die nicht unmittelbar mit Berufsschulen verbunden sind, und gedenkt die Bundesregierung, auch in Zukunft solche Einrichtungen zu fördern?

80. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Jugendliche sich gegenwärtig in landwirtschaftlicher Berufsausbildung befinden, und wie ist die Entwicklung auf diesem Gebiet über mehrere Jahre zu sehen?

81. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die von Staatssekretär Dr. Jochimsen vertretene Auffassung, „Für die Bundesregierung ist die Gesamtschule die Schule der Zukunft" (Information Bildung und Wissenschaft 6/76, Seite 107) auch noch nach dem für Gesamtschüler niederschmetternden Ergebnis eines Vergleichstests für die Aufnahmeprüfung in die Handelsakademie Wien-Liesing aufrecht, bei der 60 % der

Absolventen der Gesamtschule durchfielen, während von den Kindern aus der Unterstufe des Gymnasiums und der Hauptschule nur 10 % die Prüfung nicht bestanden (vgl. Salzburger Nachrichten vom 20. August 1977)?

82. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die öffentliche Hand unabhängig von dem eigenen Bedarf zusätzliche Ausbildungsplätze, insbesondere für technische Berufe, zur Verfügung stellt, ohne daß hieraus ein Rechtsanspruch auf die Übernahme in den öffentlichen Dienst abgeleitet werden kann?

83. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, verstärkt öffentliche Mittel für die Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten und Gemeinschaftslehrwerkstätten insbesondere in wirtschaftlich schwachen Regionen zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

84. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, die besonders von den USA vertreten wird, daß der vom Konferenzpräsidenten Amerasinghe nach Abschluß der 6. Tagung der Dritten Seerechtskonferenz vorgelegte Text – Informal Composite Negotiating Text (ICNT) – in entscheidenden Punkten vom vorherigen Verhandlungsstand abweicht?

85. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wenn ja, in welchen konkreten Punkten sind Abweichungen zum Nachteil der am Tiefseebergbau interessierten Industrieländer erfolgt, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Abweichungen im einzelnen?

86. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die optimistische Beurteilung des Konferenzergebnisses durch Staatssekretär Dr. Hermes vom 15. Juli 1977, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt war, daß nicht einmal der Kompromißvorschlag des Norwegers Evensens von der Konferenz akzeptiert wurde und dieser Kompromißvorschlag bereits in wesentlichen Punkten dem Interesse der am Tiefseebergbau interessierten Industrieländern nicht gerecht wurde?

87. Abgeordneter **Blumenfeld** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß gemeinsame Demarchen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf der 6. Tagung der Seerechtskonferenz wegen der Haltung Irlands, Dänemarks und der Niederlande nicht zustande kamen, und in welchen konkreten Punkten weichen die Auffassungen der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Rohstoffpolitik voneinander ab?

88. Abgeordneter **Blumenfeld** (CDU/CSU)

In welcher Form hat sich die Bundesregierung um eine Abstimmung mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in diesen Fragen bemüht, wie dies in der Entschließung des Deutschen Bundestages – Drucksache 8/661 – gefordert wurde, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus dieser Tatsache für ihre Haltung bei den künftigen Tagungen der Seerechtskonferenz ziehen?

89. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Welche Ressourcen und mineralischen Rohstoffe sollten nach Auffassung der Bundesregierung in das Meeresbodenregime aufgenommen werden?

90. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Fühlt sich die Bundesregierung an die Moratoriumsresolution der VN (2574/XXV) gebunden, und wenn nein, hat die Bundesregierung in den bisherigen Verhandlungen Widerspruch gegen diese Resolution erhoben, und wird die Ansicht der Bundesregierung von den übrigen Mitgliedsländern der EG geteilt?

91. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Welche Rolle soll nach Auffassung der Bundesregierung der Meeresbodenbehörde beim Abschluß und bei der Durchführung von Rohstoffabkommen zufallen, und kann die Bundesregierung einem Recht der Meeresbodenbehörde zur selbständigen Politik auf dem Weltrohstoffmarkt zustimmen?

92. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

In welchem Umfang ist für die Bundesregierung ein Inspektionsrecht der Meeresbodenbehörde tragbar?

93. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeit vorgeschlagene Regelung einer verstärkten eigenständigen Kompetenz der Meeresbodenbehörde für wissenschaftliche Forschung?

94. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach der Möglichkeit eines Zwangstransfers von Technologien durch die Meeresbodenbehörde?

95. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

In welchem Ausmaß hält die Bundesregierung den Gedanken eines Monopolschutzes in der Form einer Reglementierung zum Schutz der Landproduzenten für vertretbar, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es ordnungspolitisch untragbar ist, der Meeresbodenbehörde eine Garantenstellung für den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage für die auf dem Land und im Meer produzierten Rohstoffe zuzuerkennen?

96. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vorgeschlagene Möglichkeit, der Meeresbodenbehörde einen finanziellen Dauerschutz, auch unrentabler Produktionen, durch das vorgesehene kompensatorische System vorzunehmen?

97. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß nach der neuen Regelung des ICNT keine nationale Produktion auf dem Gebiet des Meeresbodenbergbaus mehr möglich wäre und für interessierte Industriestaaten und private Unternehmen ein Zugang zum Meeresbodenbergbau nur unter der Voraussetzung eines Technologie- und Finanztransfers an die Meeresbodenbehörde möglich ist?

98. Abgeordneter **Dr. Köhler** (Wolfsburg) (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die nunmehr vorgesehenen Präferenzen für joint ventures das Parallelsystem aushöhlen, und hält sie dies für tragbar?

99. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im ICNT vorgesehene Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Meeresbodenbehörde zwischen Versammlung und Rat?

100. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einrichtung des sog. Enterprise als Organ der Meeresbodenbehörde und nicht als unabhängiges Erwerbsunternehmen?

101. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

In welchen Punkten hält die Bundesregierung die vorgesehene Art der Finanzierung der Meeresbodenbehörde für tragbar?

102. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß nach dem ICNT die Mehrheit der Entwicklungsländer bereits jetzt ein Einheitssystem mit Behördenmonopol für die Zeit nach der Revision im Jahr 2000 durchgesetzt hat?

103. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach der nunmehr im ICNT vorgesehenen Regelung eine Abbaubeschränkung der Gefahr von Engpässen auf den Rohstoffmärkten verstärkt wurde?

104. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Wie groß ist die Anzahl der Abbaustätten, die nach dieser neuen Regelung in den nächsten 15 Jahren betrieben werden können?

105. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung den im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP (Drucksache 8/661) geforderte Bericht über die Ergebnisse der 6. Tagung der Dritten Seerechtskonferenz vorlegen?

106. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Welche bei Kriegsende in öffentlichem Eigentum befindlichen beweglichen deutschen Kulturgüter befinden sich im einzelnen – soweit das Eigentum nach deutschem Recht Einrichtungen mit Sitz im Bundesgebiet oder Berlin (West) zusteht – nach der Bundesregierung vorliegenden Hinweisen in der Volksrepublik Polen?

107. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Wird der Bundeskanzler bei seinen Gesprächen in Warschau die Rückgabe beweglicher deutscher Kulturgüter an ihre Eigentümer in der Bundesrepublik Deutschland oder Berlin (West) fordern?

108. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in ihrer Sorge um den freien Teil Berlins bei den verbündeten Westmächten, die diplomatische Beziehungen zu Ost-Berlin unterhalten, dahin gehend vorstellig werden, daß diese als Vertragspartner des Viermächteabkommens von der DDR die Unterlassung der ständigen juristischen und politischen Aggressionen gegen dieses Abkommen fordern, indem Ost-Berlin dieses Abkommen amtlich konstant als „vierseitiges Abkommen über West-Berlin" bezeichnet?

109. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Haltung hat – unter Berücksichtigung sowohl verfassungsrechtlicher, staatspolitischer und gesamtdeutscher sowie sogenannter „hochpolitischer" und protokollarischer Gründe – der Bundeskanzler eingenommen, als der ungarische Parteichef Kadar bei einem Staatsbesuch auf das Wohl „des

Volkes der Bundesrepublik Deutschland", unter ausdrücklicher Absetzung von dem im Grundsatz als Souverän genannten Deutschen Volk, seinen Trinkspruch ausgebracht hat (vgl. Bulletin vom 7. Juli 1977)?

110. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, daß die deutschen Staatsangehörigen Josef Werner Trierner, Michel Antosch, Dieter Fritz Pollert und Reinhold Kucher wegen Vorbereitungen für ein Attentat auf den spanischen Innenminister Rodolfo Martin Villa, das am 21. März dieses Jahres geplant war, in Spanien verhaftet und durch Intervention der deutschen Botschaft in Madrid freigelassen und mit Hilfe eines von der deutschen Botschaft zur Verfügung gestellten Darlehns in die Bundesrepublik Deutschland zurückreisen konnten?

111. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung veranlaßt hat, daß keine Zahlen über die Ausreisewilligen in den Oder-Neiße-Gebieten und den Ländern Ost- und Südosteuropas durch amtliche Stellen oder das Deutsche Rote Kreuz der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, und wenn ja, was hat die Bundesregierung dazu bewogen?

112. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der nach Abschluß des Prager Vertrags nicht nur gering gebliebenen, sondern immer geringer werdenden Aussiedlerzahl von Deutschen aus der Tschechoslowakei unter Hinweis auf den Briefwechsel über humanitäre Fragen über eine spürbare Erhöhung der Aussiedlerquote zu verhandeln?

113. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Länder haben bisher bei der Bundesregierung wegen des Exports nuklearer Anlagen angefragt?

114. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welchen Stand haben die entsprechenden Verhandlungen oder Genehmigungsverfahren bisher erreicht?

115. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge aus dem kommunistisch beherrschten Vietnam eingeleitet, oder ist sie bereit, die Initiative zu einer internationalen Hilfsaktion für diese Flüchtlinge zu ergreifen?

116. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um der von linken Parteien und Gruppen in den westlichen Partnerstaaten mit wahrheitswidrigen Behauptungen angeheizten Stimmungskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland zu begegnen, und auf welche Weise will sie den dadurch bereits entstandenen Schaden wiedergutmachen?

117. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Warum hat sich die Bundesregierung nicht sofort bei der französischen Regierung dagegen verwahrt, daß Herr Croissant im staatlichen französischen Fernsehen die Bundesrepublik Deutschland als ein verschleiertes faschistisches System bezeichnen konnte?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche nichtstaatlichen Organisationen erhalten von der EG-Kommission und gegebenenfalls in welcher Höhe Mittel zur Unterhaltung einer Vertretung bei der EG-Kommission in Brüssel?

2. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung zuverlässig darüber Auskunft geben, wie sich das weitere Schicksal der beim Betreten der deutschen Botschaft in Moskau verhafteten Deutschen gestaltet hat (vgl. meine Anfrage Nr. 114 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1977)?

3. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Familienzusammenführung der Familie des Herrn Josef Rys mit den in der CSSR zurückgehaltenen Söhnen Stanislav und Josef zu gewährleisten?

4. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß, wie in den Internationalen Exklusiv-Informationen aus Politik und Wirtschaft vom 25. August 1977 gemeldet wird, Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR im Südjemen deutsche Terroristen ausbilden, das gleiche ebenfalls im Südjemen aber auch in Libyen durch Kubaner geschieht, und was hat die Bundesregierung bejahendenfalls unternommen, um bei den verantwortlichen Regierungen, insbesondere derjenigen der DDR, dagegen zu protestieren bzw. diese Tätigkeiten zu unterbinden?

5. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, in ihrer Europapolitik eine Strategie zu verfolgen, die auf einen „Minimalkonsens" aller demokratischen Kräfte abzielt, in den auch kommunistische Parteien, z. B. die italienische KP, einbezogen werden?

6. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Sinne ihrer von Verfassung wegen bestehenden Schutzpflicht für Deutsche unternommen, um im Zusammenhang mit den inzwischen veröffentlichten Konsularverträgen der DDR mit Zypern, Guinea-Bissau und Mocambique sicherzustellen, daß sie weiterhin alle Deutschen nach Artikel 116 des Grundgesetzes, die dies wünschen, diplomatisch-konsularisch in den genannten Staaten betreuen kann, und wie ist gegebenenfalls der Wortlaut eines diesbezüglichen Notenwechsels?

7. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Nachricht bestätigen, daß der damalige Bundesminister Bahr im Oktober 1976 einen Beauftragten zu Gesprächen mit der argentinischen Terroristenorganisation Montoneros nach Buenos Aires geschickt hat, was war gegebenenfalls der Sinn dieser Gespräche, und wer hat diese Reise finanziert?

8. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	War der Bundesregierung gegebenenfalls bekannt, daß sich diese Organisation ganz offen mit Hunderten von Morden und Sprengstoffanschlägen brüstet, deren Brutalität mit denen der Baader/Meinhof-Bande vergleichbar ist?
9. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)	Ist die Bundesregierung der Ansicht, es diene dem deutschen Ansehen im Ausland, wenn Beauftragte der Bundesregierung an der 125-Jahrfeier der deutschen Einwanderung in Chile teilnehmen, und strebt die Bundesregierung damit bewußt eine Aufwertung der Militärjunta in Chile an?
10. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Wieviel Sonderkurse, die unter Beachtung des Berichts des Auswärtigen Ausschusses vom 20. März 1974 (Drucksache 7/2006 Nr. VI) von der Ausbildungs- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amts organisiert werden, sind bereits durchgeführt worden, und wann werden neue Sonderkurse ausgeschrieben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung den kürzlich erneut von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke vorgetragenen Vorschlag eines „Standortplanfeststellungsverfahrens", und will sie gegebenenfalls diesbezügliche Schritte einleiten?
12. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, Organisationen des vorparlamentarischen Raums, die Informationsveranstaltungen zu den Direktwahlen des Europäischen Parlaments durchführen, finanzielle Unterstützung zu gewähren?
13. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Welche finanziellen Mittel werden bereits heute an Organisationen, die sich in besonderem Maß der Förderung des Europagedankens widmen, gegeben, beispielsweise der Europa-Union, der Paneuropa-Union, Europabildungswerk u. a?
14. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)	Ist der Ausbau der vier Staustufen der Salzach durch einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland oder dem Land Bayern einerseits und der Republik Österreich andererseits fixiert worden, und geht gegebenenfalls aus diesem Staatsvertrag eine Verpflichtung gegenüber der Republik Österreich hervor, den Ausbau dieser Staustufen zuzulassen?
15. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung – angesichts der Tatsache, daß bei dem Bundesgrenzschutz die Anreden von Vorgesetzten und Untergebenen noch immer nicht nach dem Gleichheitsgrundsatz durchgeführt werden, sondern daß es die Regel ist, daß von oben nach unten nur „Herr" und „Name" angewandt werden und von unten nach oben „Herr" und „Dienstgrad" gewünscht ist – darauf hinzuwirken, daß grundsätzlich die Anrede mit dem Dienstgrad von Untergebenen gegenüber Vorgesetzten entfallen kann?

16. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche öffentlichen Mittel haben die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung seit 1970 über den Etat der Bundesregierung erhalten?

17. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche Forschungsaufträge seitens Bonner Ministerien oder Gutachten und Studien sind seit 1970 der Friedrich-Naumann-Stiftung, differenziert nach Auftraggeber, Sachgegenstand und Förderungsbetrag, erteilt worden?

18. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche Forschungsaufträge seitens Bonner Ministerien oder Gutachten und Studien sind seit 1970 der Friedrich-Ebert-Stiftung, differenziert nach Auftraggeber, Sachgegenstand und Förderungsbetrag, erteilt worden?

19. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche Forschungsaufträge seitens Bonner Ministerien oder Gutachten und Studien sind seit 1970 der Konrad-Adenauer-Stiftung, differenziert nach Auftraggeber, Sachgegenstand und Förderungsbetrag, erteilt worden?

20. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft in bezug auf die Polizeivollzugsbeamten des Bundesgrenzschutzes und der Bundeskriminalpolizei (Bundespolizei) die in der Anzeige eines „Allgemeinen Sicherheitsdienstes" (FAZ vom 13. August 1977) enthaltene Behauptung zu, daß die Polizei total überlastet sei und die privaten Sicherheitsdienste besser ausgerüstet seien, und sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, auf Grund ähnlicher Erkenntnisse Initiativen zu ergreifen, soweit ihr Zuständigkeitsbereich betroffen ist.

21. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß eine Vielzahl von Asylgesuchen in der Regel nur vorgeschoben sind, um einen anderen Zwecken dienenden Aufenthalt, insbesondere die Arbeitsaufnahme im Bundesgebiet, zu erreichen, und trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit noch dadurch Vorschub leistet, daß sie einem erheblichen Teil dieser über den Sowjetsektor von Berlin eingereisten Personen eine Arbeitserlaubnis erteilt hat?

22. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Asylbewerber die illegale Rauschgifteinfuhr über den Sowjetsektor Berlins betreibt, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die Allierte Kommandantur in Berlin zu einer wirksamen Kontrolle zu veranlassen?

23. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Antrag des Bundesrats zu unterstützen, die Berufung in Asylsachen auszuschließen?

24. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus den im vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Gutachten der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung aufgeführten Mängeln des Datenschutzgesetzes ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

25. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes durch eine entsprechende Klarstellung im § 4 die Mitwirkung von Richtern in kommunalen Vertretungskörperschaften sicherzustellen, und wann ist gegebenenfalls mit der Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes zu rechnen?

26. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren, die durch falsches Programmieren von Computern (sog. Computerbetrug) entstehen können, und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um solche Gefahren auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach der Bundesfinanzminister plant, 60 Planstellen des Grenzaufsichtsdienstes der Zollverwaltung ersatzlos aus dem Saarland abzuziehen?

28. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine ständige ausreichende Überwachung der deutsch-französischen Grenze im Bereich der Oberfinanzdirektion Saarbrücken aus Gründen der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet sein muß?

29. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung gegebenenfalls den Abzug von 60 Planstellen aus dem Saarland mit der derzeitigen Sicherheitslage für vereinbar?

30. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung einen Abzug von 60 Planstellen im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation im Saarland?

31. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in der Europäischen Gemeinschaft das Problem der Bekämpfung des internationalen Rauschgifthandels erneut zur Erörterung zu stellen, um damit insbesondere den weiter steigenden Rauschgifthandel an der deutsch-niederländischen Grenze einzuschränken?

32. Abgeordneter **Prangenberg** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zeiträume zwischen Antragstellung und Auszahlung von Investitionszulagen aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung vom Dezember 1975 vor, und wie gedenkt die Bundesregierung, überlange Wartezeiten für die Unternehmen abzukürzen, denen bis heute von den Finanzbehörden die Mittel noch nicht ausgezahlt worden sind? ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, sich

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

33. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland die Investitionstätigkeit durch staatliche Auflagen aller Art und bei Projekten mit Bundesbeteiligung durch die Einsprüche von Bürgern oder Bürgergruppen behindert?

34. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Abbau von innovationshemmenden Vorschriften aller Art, insbesondere auch im Bereich der nichtnuklearen Energie, zu gewährleisten, und warum wurden diese Initiativen bisher nicht ergriffen?

35. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie entwickelte sich in Gegenüberstellung mit den Arbeitslosenzahlen der Export der Bundesrepublik Deutschland seit 1969 nominal und real sowie die Exportquote der deutschen Wirtschaft, und wie kann diese Entwicklung die von Staatssekretär Dr. Schlecht am 1. September auf eine Anfrage des Abgeordneten Sauter getroffene Feststellung stützen, daß die weltweite Rezession der Jahre 1974/75 auch in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen hat?

36. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie entwickelte sich in Gegenüberstellung mit den Arbeitslosenzahlen die Auslandsnachfrage nach deutschen Wirtschaftsgütern nominal und real seit 1969 sowie der D-Mark-Wechselkurs gegenüber den wichtigsten Auslandswährungen, und wie kann aus dieser Entwicklung die weitere Feststellung von Staatssekretär Dr. Schlecht abgeleitet werden, daß die Freigabe des D-Mark-Wechselkurses mit eine zweite wesentliche Ursache für die gestiegene Arbeitslosigkeit ist?

37. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Trifft es zu, daß neben Vertretern privater Unternehmen auch Repräsentanten von Unternehmungen der öffentlichen Hand oder Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand Mitglieder des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises e. V. Bonn sind, wenn ja, um welche Unternehmen handelt es sich und billigt die Bundesregierung die Mitgliedschaft?

38. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welches sind die Gründe, die den interministeriellen Ausschuß für Ausfuhrgarantien und -bürgschaften veranlaßt haben, für Chile-Geschäfte die Begrenzung der Deckungsmöglichkeiten auf Geschäfte mit Auftragswerten bis zu 1 Million DM aufzuheben und statt dessen eine Orientierungsgröße von 2,5 Millionen DM festzusetzen?

39. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei den Versicherungsprämien für Wohnmobile und Caravans in der Haftpflichtversicherung Unterschiede bis zu 150 Prozent, in der Teilkaskoversicherung der Wohnmobile sogar bis zu 700 Prozent bestehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

40. Abgeordneter **Wuwer** (SPD)

Treffen Meldungen zu, nach denen die Obstpreise gegenüber dem Vorjahr bis zu einem Drittel höher sind und auch im weiteren Jahresverlauf mit ungünstigen Angebots- und Preisaussichten zu rechnen ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, sich

gegebenenfalls zur Erhöhung des Angebots und damit zur Preissenkung auch in Brüssel für eine bis zum Jahresende befristete Aussetzung aller Zoll- und sonstigen Einfuhrbeschränkungen für Obst einzusetzen?

41. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Was ist der Bundesregierung über die Aktion der rheinland-pfälzischen Landesregierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms bekannt, wo für die sogenannte forstliche Bestandspflege öffentliche Mittel eingesetzt werden, und wäre eine solche offenbar wirkungsvolle Maßnahme nicht auch anderen Bundesländern zu empfehlen?

42. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Was ist der Bundesregierung über die Forschungsergebnisse bekannt, nach denen offenbar aus Stroh Öl gewonnen und verwertet werden kann, und was geschieht, um solche Erkenntnisse auch praktisch anzuwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie viele Zusatz- bzw. Aushilfskräfte wird im Hinblick auf die zu erwartende winterliche Belastung die Bundesanstalt für Arbeit noch in diesem Jahr einstellen?

44. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Stellen die 1 600 neu bewilligten Planstellen auch im Winter eine optimale Aufgabenerledigung durch die Bundesanstalt für Arbeit sicher?

45. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wieviel Neueinstellungen hat die Bundesanstalt für Arbeit auf Grund der 1 600 neu bewilligten Planstellen vorgenommen?

46. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie viele Mitarbeiter, die bisher als Zusatz- oder Aushilfskräfte bei der Bundesanstalt für Arbeit beschäftigt waren, werden auf die 1 600 neu bewilligten Planstellen gesetzt?

47. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß in der amtlichen Arbeitsmarktstatistik eine erhebliche Zahl arbeitsloser Jugendlicher nicht erfaßt wird?

48. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Um welche Fallgruppen handelt es sich gegebenenfalls im einzelnen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die jeweils nichterfaßte Anzahl oder Quote der Jugendlichen, die Arbeits- oder Ausbildungsplätze suchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

49. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind dem Bundesverteidigungsminister in der letzten Zeit vermehrt Klagen über Alkoholmißbrauch von Soldaten — gerade auch in deren Freizeit — bekannt geworden, und wenn ja, welche Möglichkeiten des erzieherischen Einflusses zur Eindämmung des Mißbrauchs wurden bzw. werden durch das Bundesverteidigungsministerium ergriffen?

50. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Manöverschäden der Bundeswehr und der Nato-Verbände in der Land- und Forstwirtschaft in Grenzen zu halten?

51. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Können die Herbstmanöver zeitlich so festgelegt werden, daß in den betroffenen Gebieten die Felder weitgehend abgeerntet sind?

52. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach Waffen bzw. Waffenteile und Munition, die bei einer Hausdurchsuchung im Raum Achern gefunden wurden, aus den Beständen des Transportbataillons 861 Achern entwendet wurden?

53. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welchen Umfang haben Waffendiebstähle bei der Bundeswehr bis jetzt insgesamt angenommen, und gibt es Anhaltspunkte dafür, daß gestohlene Waffen in Terroristenkreise gelangt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

54. Abgeordneter **Wuwer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Forschungsergebnisse, nach denen der Verdacht besteht, daß der in vielen Arzneimitteln enthaltende Wirkstoff Aminophenazon durch häufig gegebene Voraussetzungen krebsauslösend und für die Blutbildung schädlich wirken kann, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung im Fall einer Bestätigung dieser Forschungsergebnisse zur wirksamen Beschränkung der mit aminophenazonhaltigen Arzneimitteln verbundenen Risiken zu ergreifen?

55. Abgeordneter **Weißkirchen (Wiesloch)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die bisher geförderten Modellprojekte im Bereich der Drogenberatung bzw. -therapie weiter zu fördern?

56. Abgeordneter **Weißkirchen (Wiesloch)** (SPD)

Welche Kriterien beabsichtigt die Bundesregierung für die Förderung neuer Modellversuche aufzustellen, und sieht sie eine Möglichkeit der Übernahme bereits geförderter Modelle?

57. Abgeordneter **Weißkirchen (Wiesloch)** (SPD)

Welche politischen Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um Länder und Gemeinden zur Übernahme der Förderung der ausgelaufenen Modellversuche zu motivieren, damit der gegenwärtige Stand der Drogenberatung und -therapie gehalten werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

58. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Hat die Bundesregierung einen Überblick, wie viele Moped- und Mofafahrer im Straßenverkehr getötet oder schwerverletzt werden, und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls anhand solcher Erkenntnisse, für diese Verkehrsteilnehmer Fahrunterricht, Führerscheinpflicht und (oder) Schutzhelmpflicht einzuführen?

59. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Wie ist der Stand der Erarbeitung von Lösungen zur sogenannten Westerwald-Trasse zur Verbesserung der Verbindung Köln-Frankfurt am Main auf Grund der Zielvorgaben des Bundesverkehrsministers an den Vorstand der Deutschen Bundesbahn, wobei ökologische Gesichtspunkte eingehen sollen, und wann werden konkrete Ergebnisse vorliegen?
60. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	In welchem Umfang (absolute Zahl und Prozentsatz) beteiligt sich der Bund an der Finanzierung des U-Bahn-Baues in München in den nächsten zehn Jahren?
61. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, bei der nächsten Überprüfung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen bis 1980 der geplanten Rheinbrücke Bingen/Ingelheim–Geisenheim eine höhere Dringlichkeit dadurch einzuräumen, daß bei den Nutzwerten die bisher nicht berücksichtigten Belange, z. B. der regionalen Wirtschaftsstruktur, des Fremdenverkehrs und des überregionalen Verkehrsflusses im Zuge der A 61, miteinbezogen werden, und wird bei Beachtung dieser Kriterien zumindest für einen zunächst zweispurigen Ausbau der Rheinbrücke die höchste Dringlichkeitsstufe erreichbar?
62. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Welche Bundesbahnstrecken im Regierungsbezirk Tübingen in Baden-Württemberg sind für die kommenden Jahre zur Elektrifizierung vorgesehen, und welchen zeitlichen Rahmen hat die Bundesregierung bzw. die Verwaltung der Deutschen Bundesbahn dafür gesteckt?
63. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der Gemeinde Eschenburg (Lahn-Dill-Kreis), im Rahmen des laufenden Flurbereinigungsverfahrens den für die Ortsumgehung Eibelshausen der B 253 nötigen Grunderwerb durchzuführen, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu unternehmen?
64. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Wie ist der allgemeine Stand von Ausbau und Planung der Bundesstraßen 277, 255 und 253 im Bereich des Lahn-Dill-Kreises?
65. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Inwieweit sind die Kosten-Nutzenrechnungen der geplanten Bundesbahnentlastungsstrecken soweit abgeschlossen, daß die Entscheidung über den Bau der Strecke Köln–Groß Gerau oder eine Alternative erfolgen kann, und wann ist mit dem Ausbau zu rechnen?
66. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wie hoch ist der Zuschußbetrag der Deutschen Bundesbahn für den Eisenbahnersport im Rechnungsjahr 1977 im Hinblick auf die Beanstandung des Zuschußbetrags für diesen Zweck von drei Millionen DM im Rechnungsjahr 1976 durch den Bundesrechnungshof?
67. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wie verläuft die Trasse der geplanten Ortsumgehung Bad Münstereifel–Iversheim der B 51, und wann ist mit dem Baubeginn und der Fertigstellung der Ortsumgehung zu rechnen?

68. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

In welchem Jahr ist mit dem Bau des im Koordinierten Investitionsprogramms für die Bundesverkehrswege bis zum Jahr 1985 vorgesehenen zusätzlichen Fahrstreifens an der Bundesautobahn 5 zwischen Karlsruhe und Rastatt zu rechnen?

69. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Jahr 1977 eine außerordentliche Zunahme schwerer Verkehrsunfälle durch jüngere Verkehrsteilnehmer nach den bis jetzt bekannten Erhebungen zu befürchten sind?

70. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Welche, über die bisher eingeleiteten Maßnahmen hinausgehende Vorkehrungen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um einen weiteren Anstieg der Verkehrsunfälle mit Jugendlichen und jüngeren Verkehrsteilnehmern zu verhindern?

71. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung, durch allgemeine Empfehlungen oder durch eine Novellierung der StVZO darauf hinzuwirken, daß dem Autofahrer vor dem Hintergrund des § 34 Abs. 1 Nr. 2 StVO – der nach Unfällen mit Bagatellschäden jeden Beteiligten verpflichtet, unverzüglich die Straße zu räumen und damit letztlich der Sicherung des Verkehrsflusses Vorrang gegenüber der Klärung zivilrechtlicher Haftungsfragen gibt – in solchen Situationen die Feststellung eventueller Schadensersatzansprüche durch das Mitführen von Kreide in sämtlichen Kraftfahrzeugen zur Markierung der Fahrzeugpositionen erleichtert wird?

72. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie hat sich im Personen- und Güterverkehr der Deutschen Bundesbahn auf dem Streckenabschnitt Hannover–Würzburg die Zuwachsrate, die in der Antwort der Bundesregierung auf meine frühere Frage nur global für die Zeit von 1965 bis 1971 angegeben worden ist, in den einzelnen Jahren seit 1965 bis 1976 (und zwar nach Jahren einzeln aufgeführt) entwickelt?

73. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit Rücksicht darauf, daß die für den 31. Dezember 1977 vorgesehene Schließung des Stadtwald Sanatoriums in Melsungen – einer Einrichtung der Bundesbahnversicherungsanstalt – ein erheblicher Verlust für die im Zonenrandgebiet gelegene Stadt Melsungen bedeutet, unter strukturpolitischen Gesichtspunkten bereit, sich für eine Nachfolgeverwendung der Einrichtung einzusetzen, und gibt es bereits konkrete Anhaltspunkte für eine solche Nachfolgeeinrichtung?

74. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in dem Notrufsystem 1973 infolge von Störungen, insbesondere bei Nacht und an Feiertagen, für Anrufer lediglich ein Besetztzeichen hörbar ist, ohne daß der Anrufer feststellen kann, daß die Leitung eventuell für Stunden gestört ist, und ist die Bundesregierung bereit, das Notrufsystem dahin gehend zu verbessern, daß im Störungsfall entweder eine Hinweisschaltung den Anrufer auf eine andere Telefonnummer verweist oder eine Notrufersatzübertragung eingerichtet wird, um jederzeit eine Erreichbarkeit der Polizei sicherzustellen, ohne daß dabei die Frage der Kosten vorrangig gesehen wird, da ein verspätet eingehender oder nicht möglicher Notruf Menschenleben kosten kann?

75. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Neuorganisation von Telefonbüchern und angestellte Untersuchungen über die Umorganisation auch im Hinblick auf die Einführung eines Nahdienstes unterrichten, damit Wirtschaft wie Gemeinden Gelegenheit zur Berücksichtigung eigener Interessen wie auch Zeit zur Umstellung auf die Umorganisation erhalten?

76. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat das Bundespostministerium über die Zukunft des Fernmeldebezirks Kumbach?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

77. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß durch eine umfassende vorbeugende Bauplanung den Erfordernissen eines vorbeugenden Brandschutzes entsprochen wird, und wie weit ist die Forschung über Theorie und Praxis bei Räumungsabläufen in Hochbauten gediehen, die vor allem der Sicherheit der Bewohner dienen soll?

78. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das in Amerika entwickelte Luftkissen Lift-Pack, das Sprünge aus Höhen bis zu 60 Meter möglich machen soll, und ist die Bundesregierung bereit, dieses Luftkissen für den eigenen Bereich einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

79. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß – wie in der Presse berichtet – die Sowjetunion den Vorschlag gemacht hat, in das geplante deutsch-sowjetische Abkommen für Wissenschaft und Technologie insbesondere die beiderseitige Förderung des Hochtemperaturreaktors einzubeziehen, und wie will die Bundesregierung gegebenenfalls auf diesen Vorschlag reagieren?

80. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für die weitere staatliche Förderung der Datenverarbeitung, insbesondere durch den Bundesminister für Forschung und Technologie, und will sie die Datenverarbeitung im Rahmen eines vierten Datenverarbeitungsprogramms weiter fördern?

81. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung die Anmerkung des Bundesrechnungshofs in den verschiedensten Berichten zur Förderung der Datenverarbeitung durch die Bundesregierung bei der Durchführung der Programme berücksichtigt, und wie kann sie dies im einzelnen nachweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

82. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, den Bau des Berufsbildungszentrums Betzdorf-Kirchen im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen zu fördern?

83. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um dem Beruf „Berufs-Kraftfahrer" auch den entsprechenden Ausbildungsgang zuzuordnen, so daß entsprechende Ausbildungsplätze entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

84. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welche Konzeption verfolgt die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit dem Land Hessen, nachdem sie den Vertrag mit dem Land Hessen über ihre finanzielle Beteiligung an der Ingenieurschule für Tropenlandwirtschaft Witzenhausen, heute OE 20 der Gesamthochschule Kassel (Internationale Agrarwirtschaft), zum vereinbarten Vertragsende 1978 aufgekündigt und Verhandlungen über eine veränderte Beteiligung eingeleitet hat?

85. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise ist sichergestellt, daß bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH in Eschborn Informationen aus Angeboten, z. B. über Experten oder konzeptionelle Vorschläge, nicht zur Unterstützung der Konkurrenz verwendet werden können?

Bonn, den 9. September 1977

